



Die Zukunft des Nahverkehrs im Landkreis Göppingen war ein bestimmendes Thema bei den Haushaltsreden im Kreistag.

Foto: Giacinto Carlucci

CDU (23 Kreisräte)

24 Anträge hat die CDU-Fraktion eingebracht. Drei davon sind haushaltswirksam: Das Finanzkonzept des Kreises soll ständig aktualisiert und die **Kreisumlage** so möglichst stabil gehalten werden. Zudem müsse das **Finanzkonzept** strikt eingehalten werden. Schließlich sollen die **Tourismusverbände** auf Landkreisebene 2018 mit weiteren 50 000 Euro unterstützt werden. In weiteren 21 Anträgen forderte Fraktionsvorsitzender Wolfgang Rapp von der Verwaltung Berichte, Konzepte, Analysen und Evaluationen: über anstehende **Straßenbauprojekte**, den Stand der Dinge beim Thema **fahrradfreundlicher Landkreis**, eine Kosten-Nutzen-Analyse zur Vollintegration in den **VVS** und einen Bericht über den **Metropolexpress** und das dritte Gleis in Geislingen. Informationen wollen die Christdemokraten auch zu den Punkten **Müllheizkraftwerk, Klimaschutz, Schulentwicklung, Inklusion** und **Wirtschaftsförderung**.

SPD (12 Kreisräte)

10 Anträge kamen von der SPD-Fraktion, darunter drei haushaltswirksame. Geld würde die geforderte **einheitliche Ausschilderung von Radwegen** kosten, zumal auch Karten und „anderes Infomaterial“ aufgestellt werden sollen. Ebenfalls haushaltsrelevant ist die geforderte Machbarkeitsstudie für die Reaktivierung der **Boller Bahn** mit Ringschluss Kirchheim/Teck. Auch eine **Machbarkeitsstudie zum geplanten Radschnellweg Plochingen-Amstetten** forderte Fraktionsvorsitzende Susanne Widmaier in ihrer Haushaltsrede. Haushaltsneutrale Anträge: eine monatliche Pressemitteilung zu jeweils einem der zwölf **Schlüsselthemen** des Landkreises, ein Bericht über die **ärztliche Situation** im Kreis. Auch soll die Möglichkeit von „**Sozialpädagogisch betreutem Familienwohnen**“ im Kreis geprüft werden. Weitere Themen der Sozialdemokraten sind der **Nahverkehrsplan** und die **Kreisstraßen**.

Vollintegration in den VVS ist nicht sicher

NWZ 14.11.2017

Kreistag Die Fraktionen haben ihre Haushaltsreden zum Etat 2018 gehalten: Verkehrsverbund Stuttgart, Neubauprojekte und Finanzen sind die bestimmenden Themen. *Von Dirk Hülser*

Die Haushaltsberatungen des Kreistags sind in die entscheidende zweite Runde gegangen: Insgesamt 80 Anträge haben die fünf Fraktionen und Einzel-Kreisrat Christian Stähle (Linke) gestellt, sie werden nun in den jeweiligen Ausschüssen beraten. Im Dezember hat dann der Kreistag das letzte Wort zum Etat 2018, der das Rekordvolumen von 300 Millionen Euro aufweist.

Ganz oben auf der Themenliste der Fraktionen steht die mögliche Vollintegration in den Verkehrsverbund Stuttgart (VVS). Nachdem es ein neues Angebot aus den beteiligten Landkreisen gibt, wonach der Kreis Göppingen rund eine Million Euro pro Jahr weniger als eigentlich vorgesehen bezahlen müsste, hatten alle Redner im Sitzungssaal des Landratsamts diesen Punkt auf ihren Zetteln. Dabei sind die Fraktionen sich nicht ganz einig: SPD, Grüne und der Linke Stähle wollen die Vollintegration auf jeden Fall so schnell wie möglich. CDU, Freie Wähler (FW) und FDP hin-

gegen wollen erst einmal durchrechnen, ob die Kosten den Nutzen rechtfertigen.

Ein jährlich wiederkehrendes Ritual ist die Verhandlung über die Höhe der Kreisumlage. Das ist der Satz, den die Kommunen an den Landkreis abführen müssen – derzeit insgesamt rund 115 Mil-

„Offensichtlich leidet unser Landrat nicht an Paraskavedekatriaphobie.“

Werner Stöckle
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler

lionen Euro. Während die CDU den momentan geltenden Wert von 34,1 Prozent auch künftig „möglichst stabil“ halten will, möchten Freie Wähler, SPD und Grüne die weiteren Diskussionen in den Ausschüssen abwarten. In seltener Eintracht fordern FDP und der linke Einzelkämpfer eine Erhöhung auf 35 Prozent.

FDP (4 Kreisräte)

7 Anträge listete FDP-Kreisrätin Susanne Weiß in ihrer Haushaltsrede auf. Statt – wie von Landrat Edgar Wolff vorgeschlagen – die **Kreisumlage** bei 34,1 Prozent zu belassen, soll sie auf 35 Prozent steigen. Die Zuschüsse für **Schulsozialarbeiter** und

Streetworker sollen erhöht werden. Zudem regen die Freien Demokraten an, im Bereich **Fallmanagement** für den sozialen Dienst eine Stelle zu schaffen. Nicht haushaltsrelevant ist der Antrag, den Vertrag mit Betreiber EEW bezüglich der **Müllver-**

brennung zu überprüfen. Auch will die FDP ein Konzept zum steigenden Raumbedarf in der kreiseigenen **Bodelschwingschule** und der **Wilhelm-Busch-Schule** und einen Bericht über die Gutachten zu **Windkraftanlagen** im Kreis.

Sorgen machen sich alle Fraktionen um die Zukunft der Finanzen – schließlich stehen mit dem Klinik-Neubau und der Sanierung des Landratsamts Neubauprojekte an, die am Ende die Gesamtsumme von annähernd einer halben Milliarde Euro erreichen könnten – abzüglich zu erwartender Zuschüsse. CDU-Fraktionschef Wolfgang Rapp forderte denn auch: „Das Finanzkonzept muss Grundlage für alle Entscheidungen sein.“ Werner Stöckle (FW) forderte, dass das vom Kreistag beschlossene „Finanzkonzept 2030“ laufend angepasst und fortgeschrieben wird. Die Grünen gehen davon aus, dass mit Blick auf das Konzept die Einnahmenseite erhöht werden muss.

Der FW-Fraktionsvorsitzende Stöckle lobte schließlich noch Edgar Wolff: „Offensichtlich leidet unser Landrat nicht an Paraskavedekatriaphobie.“ So heißt die Furcht vor dem Datum Freitag, der 13. Wolff hatte aber – furchtlos – den Haushalt am Freitag, 13. Oktober 2017, in den Kreistag eingebracht.

Christian Stähle (Linke)

8 Anträge formulierte Einzelkreisrat Christian Stähle (Die Linke). Unter anderem fordert er den Bau von 100 **Sozialwohnungen**, eine Million Euro für den **Breitbandausbau** in der ländlichen Fläche und die uneingeschränkte Vollintegration in den **VVS**. Die **Kreisumlage** soll von 34,1 auf 35 Prozent angehoben werden und der Kreis soll Mittel für den **Rechtsstreit** mit dem Betreiber des Müllofens einstellen.

Freie Wähler (14 Kreisräte)

18 Anträge gehen auf das Konto der Freien Wähler (FW). Deren Fraktionsvorsitzender Werner Stöckle forderte Informationen über die geplanten Maßnahmen des **Nahverkehrsplans** und die Kosten. Außerdem will die Fraktion einen Bericht über die Zufriedenheit der Patienten in der **Klinik am Eichert** und fordert eine Prüfung, welche Dachflächen für **Photovoltaik** geeignet sind. Zwei Anträge der FW sind haushaltsrelevant: Solange keine Klarheit über den **Metropolexpress** besteht, sollen Planansatz (1,2 Millionen Euro) und Verpflichtungsermächtigung (1,8 Millionen) gestrichen werden. Zudem soll die Verwaltung bei den Themen **Landratsamts-Erweiterung, Klinikneubau** und **Kreisstraßen** die Ansätze auf die zu erwartenden Ausgaben genau überprüfen und die Beträge bei Bedarf reduzieren. Denn die Freien Wähler glauben, dass weniger Geld ausgegeben wird als vorgesehen. Das **Finanzkonzept 2030** soll fortgeschrieben werden.

Grüne (9 Kreisräte)

13 Anträge kommen aus den Reihen der Grünen-Fraktion. Die Verwaltung soll die angelieferte und im **Müllofen** verbrannte Menge der vergangenen Jahre darstellen – damit überprüft werden kann, ob sie im Einklang mit den Kreistagsbeschlüssen steht. Eine Expertenanhörung soll Klarheit über die **Luftqualität** bringen. Erneut fordern die Grünen die Einführung der **Biotonne**, auch wollen sie einen Bericht über die Erfahrungen nach einem Jahr **Fahrgastbeirat**. Am Sonderschulzentrum soll „endlich“ **Schulsozialarbeit** angeboten werden. In die **touristische Strategie** sollen nach dem Willen der Grünen „naturnahe touristische Themen“ offensiver eingebunden werden. Fraktionsvorsitzende Martina Zeller-Mühleis fragte im Namen der Fraktion, ob die Personalausstattung des **Baurechtsamts** den steigenden Fallzahlen gerecht werde. **Die Fraktion will einen Zwischenbericht über den Umsetzungsstand der Klimaschutzvorhaben.**